Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bencha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 4.—, ¼jährlich Mk. 12.—, ohne Austragen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2.

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene Korpuszeile 90 Pfg., auswärts 1.— Mk. Amtlicher Teil Mk. 2.—. Reklamezeile Mk. 2.—. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Günz & Fuhr, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 139 — Mittwoch den 23. November 1921 — 32. Jahrgang

Amtliches.

Stadtgemeinderatssitzung

Donnerstag, den 24. November 1921, abends 7 Uhr.

Tagesordnung befindet sich im Rathause am Brett.

Stadtverordnetenwahl.

Bei der am 20. d. M. stattgefundenen Neuwahl von 9 Stadtverordneten wurden 2125 Stimmen abgegeben. Hiervon waren 5 Stimmen ungültig. Es verblieben demnach 2120 gültige Stimmzettel. Hiervon fielen

auf den Wahlvorschlag König 718 Stimmen
" " " Schimpf 1144 "
" " " Krübler 258 "

Als gewählt haben zu gelten

vom Wahlvorschlag König

König, Wilhelm, Lagerhalter,
Thiemann, Gustav, Fürsorgeverwalter,
Scheffler, Robert, Maurer,

vom Wahlvorschlag Schimpf

Schimpf, Walter, Kaufmann,
Herfurth, Willy, Baumeister,
Wendler, Kurt, Kaufmann,
Dietze, Albert, Eisenbahn-Obersekretär,
Mischkewitz, Wilhelm, Buchdruckereibesitzer,

vom Wahlvorschlag Krübler

Krübler, Ernst, Zigarrenfabrikant,

Naunhof, am 21. November 1921.

Der Wahlkommissar.

Mittwoch, den 23. November 1921, vorm. 11 Uhr sollen im Gasthofe zur „Stadt Leipzig" in Naunhof als Versteigerungsort

1 Partie gute Möbel, Bilder u. Chamotterohre

gegen Barzahlung meistbietend versteigert werden.

Grimma, den 21. November 1921. Q 895/908 21.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichsverkehrsminister Groener führte in einer Ansprache aus, die Gesundung der Eisenbahn sei nicht durch eine Privatisierung, sondern durch eine Entpolitisierung zu erreichen.

* Die nächste Sitzung des Deutschen Reichstages soll in der Woche vom 6. bis 13. Dezember stattfinden.

* Der deutsche Gewerkschaftsbund (christliche Gewerkschaften) bereitet eine Denkschrift über die Sanierung der Reichsbetriebe vor, die eine Grundlage für die Verhandlungen mit der Industrie bilden soll.

* Der deutsche Geschäftsträger bei den Vereinigten Staaten, Freiherr von Thermann, ist in Newyork eingetroffen.

* An der Wiener Börse kam es wegen der geplanten Abgabe von 100 Goldkronen für jeden Besucher zu Lärmszenen. Bis auf weiteres sollen keine Börsenversammlungen mehr stattfinden.

* Aus Washington wird gemeldet, daß die obersten Instanzen Großbritanniens die in dem amerikanischen Plan vorgeschlagene Beschränkung der Seerüstungen ohne Vorbehalt angenommen hätten.

„Die Deutschen des Ostens."

So lange Preußen-Deutschland hoch in Ehren stand, hat es in der Welt wohl kaum einen größeren Bewunderer als das Japanervolk gehabt. Man weiß, daß die Japaner ihr Heerwesen nach preußischem Vorbilde einrichten und ausbilden ließen, daß sie in Schule und Justiz deutschen Gelehrten und Fachmännern maßgebenden Einfluß einräumten und daß zuletzt auch unsere aufstrebende Flotte ihre Aufmerksamkeit in allerhöchstem Maße erregt hatte. Mit Ernst und Gründlichkeit sammelten sie all ihre Kräfte für den Aufstieg des Reiches. Und als es ihnen gelang, den russischen Bären vom ostasiatischen Festlande mit grimmigen Schlägen zu vertreiben, wurde ihnen der schöne Ehrentitel der „Preußen des Ostens" zuteil. Seitdem hat die große politische Entwicklung Japan mehr und mehr an die Seite der Gegner Deutschlands geführt, bis es, schon im August 1914, in den Weltkrieg gegen uns miteintrat und nach leichtem Siege in Kiautschou sich nach Möglichkeit an den Früchten dieser Weltkatastrophe bereicherte.

Drei Jahre sind seitdem ins Land gegangen, und heute sitzt Japan auf dem Armensünderbänklein, das der Nachfolger Wilsons in Washington unter dem Namen einer Abrüstungskonferenz hergerichtet hat. Was den Inhalt der europäischen Geschichte so ziemlich vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Weltkrieges gebildet hätte: Die Einkreisung Deutschlands mit allen Künsten und Mitteln der Diplomatie, mit politischen und militärischen Verträgen, mit einer Pressepropaganda von bis dahin unerhörter Großzügigkeit, das wird jetzt auf dieser sogenannten Abrüstungs- und Friedenskonferenz des Präsidenten Harding, in sozusagen abgekürztem Verfahren gegenüber der Großmacht des Ostens wiederholt. Den Japanern war von Anfang an nicht ganz geheuer bei der Ausschreibung und Einberufung dieser Konferenz, und sie suchten sich mit aller Macht gegen die Aufrollung der Frage des Stillen Ozeans bei dieser Gelegenheit zu sträuben. Es hat Japan alles nichts genutzt. England und Amerika gingen zielbewußt ihren Weg, und mit jedem Tage erkennt man jetzt deutlicher, daß es ihnen in Washington um nichts so sehr als um die Ausschaltung Japans aus dem verhängnisvollen Wettbewerb der internationalen Politik zu tun ist.

Mit überlegener Klugheit wurde zu diesem Zweck das Feld abgesteckt, indem zunächst ein Konferenzprogramm ziemlich unverfänglicher Natur aufgestellt wurde, dem keine der eingeladenen Mächte sich mit guten Gründen entziehen konnte. In Washington selbst aber wurde dann sofort ein Flottenabrüstungsplan aufgestellt, der Japan fortan in eine hoffnungslose Unterlegenheit zur See verwies. Kaum war in dieser Beziehung eine Übereinstimmung der Meinungen, wenigstens im Grundsätzlichen, erreicht, als China Gelegenheit erhielt, die Frage des Fernen Ostens auf das Tapet zu bringen und hierbei Forderungen aufzustellen, die, wenn sie durchgingen, der japanischen Vorherrschaft auf dem ostasiatischen Kontinent ein Ende machen würden. Japan kann so am eigenen Leibe erproben, wie es schmeckt, wenn einem großen Volke von starker Lebenskraft durch so wohlmeinende Freunde, wie es die Großen dieser Erde sind, der Weg in die Zukunft mit friedlichen — ach so friedlichen Mitteln verlegt werden soll! Im Grunde soll natürlich mit diesen friedlichen Mitteln der Imperialismus der Westmächte, der ihnen im Kampfe gegen Deutschland so teuer zu stehen gekommen ist, ein tüchtiges Stück vorwärts getrieben werden. Wobei es wohl zwischen England-Amerika auf der einen und Frankreich mit seinen kleineren Trabanten auf der andern Seite mancherlei Häkeleien geben mag, ohne daß um deswillen doch die Gesamtheit dieser so ungemein friedlichen Nationen Japan gegenüber uneins werden dürfte. Ein Mann wie Lord Northcliffe war es, der dieser Tage in Peking einen Vortrag über die Notwendigkeit der englisch-amerikanischen Freundschaft hielt und dabei die Auflösung des englisch-japanischen Bündnisses als Forderung des Tages bezeichnete. Die Japaner, sagte er, seien im Augenblick in einer ähnlichen Lage wie Deutschland vor dem Kriege. Japan sei nur dem Namen nach eine Demokratie, in Wirklichkeit werde es von wenigen Männern absolut regiert, und seine riesenhaften Rüstungen müßten allen andern Völkern ernstliche Besorgnisse einflößen. Wenn England und Amerika im Fernen Osten nicht zusammengingen, würden sie früher oder später getrennt gedenkt werden.

Alles das fast heiter anmutende Anklänge an die bekannten Noten und Reden, mit denen unsere Feinde, nach Anweisung des früheren Britenkönigs, dem deutschen Volke hindernd in den Weg traten, als es seinen Flug zur Höhe nehmen wollte. An dem Schicksal, das uns schließlich getroffen hat, kann Japan unschwer voraussehen, welchem Ende seine eigene Entwicklung auf dieser Washingtoner Konferenz zugeführt werden soll. Dr. Sy.

Die Sanierung der Eisenbahnen.

Gegen Privatisierung — für innere Reformen.

Die große Streitfrage, was mit den Eisenbahnen geschehen soll, scheint einer Lösung im Sinne des goldenen Mittelweges entgegenzugehen. Die Wünsche der Industrie werden zurückgeschraubt, wohl aber ein berechtigter Kern derselben auch von der anderen Seite anerkannt. In dieser Richtung bewegten sich auch

die neuen Richtlinien,

die von der Reichsarbeitsgemeinschaft technischer Beamtenverbände zusammen mit dem Vorstand des Reichsbundes Deutscher Technik und anderen technischen Beamtenverbänden usw. ausgearbeitet wurden. In diesen wird im wesentlichen gesagt:

Eine Überführung des Besitzes der Reichseisenbahnen in den Besitz des Privatkapitals ist unannehmbar. Der Besitz der Reichseisenbahnen muß uneingeschränkt dem Reiche verbleiben. Es ist aber eine durchgreifende Reform der Reichseisenbahn dringend notwendig, um die Wirtschaftlichkeit zu heben. Dazu ist vor allem erforderlich: die Reichseisenbahn zu einem

selbständigen Wirtschaftskörper

zu machen. Ferner muß eine moderne technisch-kaufmännische Betriebs- und Geschäftsführung, die die Fachleute mehr als bisher entscheiden läßt, durchgeführt werden. Das Berufsbeamtentum ist auch in den Verkehrsbetrieben beizubehalten. Die Beamten der wirtschaftlichen Betriebe sind aus der allgemeinen Besoldungsordnung herauszunehmen und für gesteigerte Leistungen angemessen zu bezahlen.

*

Reichsverkehrsminister Groener

erklärte zur gleichen Frage u. a., es sei nicht richtig, daß die deutschen Bahnen als Reichsunternehmen nicht zur Gesundung gebracht werden könnten. Die Voraussetzungen für diese Gesundung sind in 1½jähriger mühevoller Arbeit geschaffen worden. Durch Annahme privatwirtschaftlicher Grundsätze in der Organisation des Unternehmens und in der Führung der Geschäfte kann dieser Prozeß beschleunigt werden, **ohne daß die Übergabe der Bahnen in Privathände notwendig wäre** und damit die Preisgabe der politischen und volkswirtschaftlichen Vorteile, die dem deutschen Volke aus dem Reichsbetriebe erwachsen sollen.

Ein weißer Rabe.

Deutschlands Anspruch auf ein Moratorium.

Man sieht es in Frankreich gar nicht gern, wenn einmal ein Franzose auf Grund eigener Beobachtungen in Deutschland zu der Erkenntnis kommt, daß es nicht Böswilligkeit ist, die uns immer wieder veranlaßt, die von uns verlangten Zahlungen als unerhört übertrieben zu brandmarken, sondern daß eine tatsächliche Unmöglichkeit zuzugeben ist, solche Summen auf die Dauer aufzubringen. Deshalb ist auch ein vernünftiger Artikel des Senators Debierre in dem Pariser Blatte „Rappel" über die deutschen Zahlungsmöglichkeiten von der übrigen Pariser Presse totgeschwiegen worden.

Der Senator sagt, er glaube nicht an einen Bankrott Deutschlands, weil es ein reiches Land sei, das arbeite. Das wolle aber nicht besagen, daß die Krise der Mark es nicht in eine schlechte Lage bringe. Wie könnten die deutschen Industriellen sich bei einem Wechselkurs, der fast auf Null stehe, neue Rohstoffe beschaffen? Wenn nach einer ernsten Prüfung der Frage festgestellt würde, daß Deutschland augenblicklich nicht in Gold bezahlen könne, müsse eine weise Politik ihm den Aufschub gewähren, den es verlange. Wenn Deutschland nicht im Augenblick in bar zahlen könne, müsse man von ihm verlangen, daß es in natura zahle. Wenn man behaupte, in Preußen habe sich nichts geändert, so sei das ein Irrtum. Man solle nach Potsdam gehen. Dort werde man die Kasernen und Paläste leer finden. Er scheue sich nicht, zu sagen, die Veränderung sei erstaunlich.

Man darf, wie gesagt, die Bedeutung einer solchen Äußerung nicht überschätzen. So gern eine solche Stimme in Deutschland zur Kenntnis genommen wird, so stehen doch jedem solchen weißen Raben hundert schwarze gegenüber, die mit ihrem öden Gekrächz nach sinnlosen Zahlungsforderungen jedes Wort der Vernunft übertönen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Verhandlungen über Oberschlesien.

Vor seiner Abreise nach Genf zum Beginn der Auseinandersetzungensverhandlungen über Oberschlesien am 23. November erklärte der deutsche Beauftragte, Reichsminister a. D. Schiffer, er hoffe und vertraue, daß die Verhandlungen im Geiste der Versöhnung zum Besten der oberschlesischen Bevölkerung verlaufen werden und geeignet sind, auch darüber hinaus die Gegensätze der beiden aneinandergrenzenden und bis zu einem gewissen Grade auf einander angewiesenen Völker auszugleichen. Er nehme an, daß in Genf nur über den Ort und die Art der Verhandlungen eine Vereinbarung erzielt werden soll, und hält es für ausgeschlossen, die große Zahl Sachverständiger nach Genf zu entsenden, da Deutschland die hieraus erwachsenden Kosten nicht würde tragen können, es auch nahezu unmöglich sein würde, dem neutralen Vorsitzenden ein klares Bild der oberschlesischen Verhältnisse so fern dem Lande, um dessen Lebensschicksal es sich handelt, zu geben.

Grenzsperre an der Schweizer Grenze.

Um der trotz der einschränkenden Maßnahmen infolge der neuerlichen Markentwertung maßlos gesteigerten Ausfuhr entgegenzutreten, hat das badische Ministerium des Innern im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen die Ausfuhr im Grenzverkehr an der badisch-schweizerischen Grenze bis zum Inkrafttreten einer neuen, den Verhältnissen entsprechenden Regelung abermals gesperrt.

Abermalige Verurteilung deutscher Soldaten in Frankreich.

Die französischen Kriegsgerichte setzen unentwegt ihren Rachefeldzug gegen Deutsche Kriegsteilnehmer fort. Das Kriegsgericht in Lille hat wiederum eine Anzahl deutscher Offiziere und Soldaten in Abwesenheit zu Gefängnisstrafen von fünf Jahren bis zur Zwangsarbeit auf Lebensdauer verurteilt, darunter General Müller zu fünf Jahren Gefängnis. Ob diese sogenannten Kriegsgerichte noch einige Jahrzehnte versuchen werden, ihren Landsleuten Beweise dafür zu bringen, wie unbedingt nötig die von ihnen aufgeführten Komödien sind?

General Nollet in den „Deutschen Werken".

Montag erschien General Nollet, der französische Oberkommissar, in Begleitung seines Stabes in den Deutschen Werken in Spandau und Haselhorst, um sich persönlich zu orientieren. Die Vorstände beider Werke im Verein mit einem Vertreter des Zentralbetriebsrates gaben Herrn Nollet und seinem Gefolge Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, daß die von den Deutschen Werken erhobenen Beschwerden in allen Teilen voll berechtigt sind. Herr Nollet erklärte zum Schluß, daß er irgend eine Entscheidung nicht treffen könne, sondern daß hierzu allein der Botschafterrat ermächtigt sei.

Auflösung der Regimentsvereine im Besetzungsgebiet.

Nach einer Mitteilung des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete hat die Rheinlandkommission beschlossen, im besetzten Gebiet die sogenannten Regimentsvereine zu verbieten, weil sie die Sicherheit gefährden, und ordnet ihre Auflösung an. Bei Zuwiderhandlungen werden Geld- und Gefängnisstrafen angedroht.

SLUB
Wir führen Wissen.